

Lothringen zum *Sine qua non* jeglichen Friedens erklärt und dafür grundsätzlich Wilsons Zustimmung erhalten; folglich agierte es auf staatlicher wie regionaler und lokaler Ebene nach der Besetzung der betreffenden Gebiete mit massenhaften Ausweisungen, an deren Ende die „ethnische“ Zugehörigkeit der Territorien keinem Zweifel mehr ausgesetzt sein sollte. Mit ethnischer Zugehörigkeit argumentierte auch Griechenland beim Versuch, seine Territorien im Sinne der Megali Idea auszuweiten. Es stieß aber auf erbitterten Widerstand der neuen Türkei unter Kemal Pascha und musste sich – wie auch die Siegermächte im Vertrag von Lausanne – schließlich dessen Konzept von einer ethnischen Homogenisierung des verbliebenen türkischen Territoriums beugen, die zwischen Griechenland und der Türkei zum bis dato größten Bevölkerungsaustausch der Neuzeit führte, womit das Minderheitenproblem – bis auf einen kleinen Restbestand – und damit die Selbstbestimmungsfrage auf diese Weise und zu Lasten der Betroffenen gelöst waren.

Eine kurze Betrachtung der eingeschränkten Anwendung der Minderheitenrechte durch den Völkerbund in den zwanziger Jahren rundet die trotz gelegentlicher Abschweifungen gelungene Untersuchung ab, die dazu ermuntern sollte, auch weitere Anwendungen des „Selbstbestimmungsrechts“ und der Grenzziehungen nach dem Ersten Weltkrieg nach ähnlichem Muster erneut in den Blick zu nehmen.

---

*Ingrid Fricke*, Franz Künstler. Eine politische Biographie. (Berliner Beiträge zur Ideen- und Zeitgeschichte, Bd. 1.) Berlin, Verlag für Berlin-Brandenburg 2016. 480 S., € 29,99. // DOI 10.1515/hzhz-2018-1065

---

Volker Stalman, Berlin

Franz Künstler (1888–1942) zählt zu den weitgehend in Vergessenheit geratenen Politikern der Weimarer Republik. Dabei spielte er als Vorsitzender des Bezirksverbandes Berlin der SPD von 1923 bis 1933 und als Mitglied des Reichstages von 1920 bis 1933 eine führende Rolle in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

1888 im Berliner Arbeiterviertel geboren, wuchs Künstler in einfachen Verhältnissen auf. Nach dem Besuch der Volksschule absolvierte er eine Lehre als Maschinenschlosser, trat 1906 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und ein Jahr später der SPD bei. Da er nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD ablehnte, schloss er sich 1917 der neugegründeten USPD an,

in der er allerdings während des Krieges keine größere Rolle mehr spielen sollte, da er bereits 1916 eingezogen und an der Westfront eingesetzt wurde. Während der Revolution wurde er zum Soldatenrat gewählt und im Dezember 1918 zum Ersten Reichsrätekongress in Berlin delegiert. Im Gegensatz zu manchen linksradikalen Räten bekannte er sich von Anfang an zum parlamentarischen System. 1919 ließ er sich in das Stadtparlament der damals noch selbständigen Gemeinde Neukölln wählen, dem er bis 1920 angehören sollte.

Den Anschluss der USPD an die Komintern und den Zusammenschluss mit der KPD lehnte Künstler entschieden ab, da er nicht bereit war, die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie und der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit aufzugeben. Wenn er auch lange Zeit nicht zu den Vorkämpfern einer Wiedervereinigung mit der MSPD gehörte, so änderte er nach der Ermordung des deutschen Außenministers Rathenau im Sommer 1922 seine Meinung. Auf dem Nürnberger Vereinigungsparteitag im September wurde er als Beisitzer in den Vorstand der Gesamtpartei gewählt. Seine wachsende Bedeutung machte im Herbst 1923 seine Wahl zum Vorsitzenden der Berliner SPD deutlich. Ihm gelang es, bis 1929 die SPD wieder zur dominierenden Kraft in der Hauptstadt zu machen und die Mitgliederstärke der Partei bis 1931 nahezu wieder auf Vorkriegsstärke anzuheben. Als Vorsitzender stand Künstler von Anfang an in der politischen Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten und der KPD, die seit 1928 mit der Übernahme der These vom „Sozialfaschismus“ die SPD als Hauptfeind bekämpfte.

Nach dem Verbot seiner Partei im Juni 1933 wurde Künstler verhaftet und blieb bis zum August 1934 in Haft. Im August 1938 wurde er erneut für mehrere Monate eingekerkert. Die in der Haft erlittenen schweren Gesundheitsschäden und die unmittelbar nach Kriegsbeginn erfolgte Zwangsdienstverpflichtung führten im September 1942 zu seinem frühen Tod. Die Bedeutung und Popularität des Politikers wurde bei seiner Beisetzung offenkundig, als mehrere Tausend Berliner Sozialdemokraten der Trauerfeier für Franz Künstler im Berliner Krematorium Baumschulenweg beiwohnten.

Anhand der Biographie Künstlers, die Ingrid Fricke in ihrer Dissertation nachzuzeichnen versucht, lässt sich exemplarisch der Weg zahlreicher Unabhängiger Sozialdemokraten, die 1920 vor einem Anschluss an die von Moskau abhängige KPD zurückschreckten und zwei Jahre später den Weg zu ihrer alten politischen Heimat, der Sozialdemokratie, fanden, aufzeigen. Am Beispiel Künstlers wird der Meinungswandel radikaler Sozialdemokraten in zentralen Fragen der Politik, wie der nach

dem Bündnis mit bürgerlichen Parteien, sowie ihre Stellung im Kampf gegen die politischen Extreme von rechts und links in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren konturenreich herausgearbeitet. Wenn auch die Person Künstlers hinter der Darstellung der überindividuellen Strukturen und Prozesse gelegentlich zu verschwinden droht, ist es der Autorin gelungen, einen führenden Sozialdemokraten der Zwischenkriegszeit einer angemessenen Würdigung zu unterziehen.

---

*Moritz Epple / Johannes Fried / Raphael Gross* u. a. (Hrsg.), „Politisierung der Wissenschaft“. Jüdische Wissenschaftler und ihre Gegner an der Universität Frankfurt am Main vor und nach 1933. (Schriften des Frankfurter Universitätsarchivs, Bd. 5.) Göttingen, Wallstein 2016. 506 S., 29 Abb., € 39,90. // DOI 10.1515/hzhz-2018-1066

---

Michael Stolleis, Kronberg

Dieser Band, Ergebnis einer Tagung von 2012 mit Blick auf die Hundertjahrfeier der Frankfurter Universität des Jahres 2014, ergänzt die offizielle Geschichte durch wichtige Aspekte des für Frankfurt besonders wichtigen „jüdischen“ Elements. Er wird eingeleitet durch *Janus Gudian*, der in die Universitätsgeschichte von der Gründung bis in die jüngste Gegenwart einführt. Dieser Beitrag hätte allerdings von allgemeinen Reflexionen über die Unterschiede von Jubiläen und Gedenktagen sowie über die Legitimation historischer Arbeit entlastet werden können. Den speziellen biographischen Beiträgen vorangestellt sind dann zwei allgemein gehaltene Vorträge. Der eine von *Steven E. Aschheim* (Jerusalem) skizziert das geistige Profil der Weimarer Zeit mit besonderem Blick auf jüdische Intellektuelle in Deutschland und Frankreich. Frankfurt erscheint hier gewissermaßen als die Nussschale der gesamten Weimarer Republik, in der sich glänzende intellektuelle Entfaltung, aber auch Hilflosigkeit gegenüber dem Aufstieg des Nationalsozialismus finden. Der andere von *Shulamit Volkov* (Tel Aviv) greift noch weiter zurück bis ins 18. Jahrhundert und bietet ein Erklärungsmodell für den Antisemitismus, der die Judenemanzipation vor allem seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert begleitete, aber auch für die Beobachtung, dass jüdische Gelehrte speziell in den Naturwissenschaften erfolgreich waren – man möchte ergänzen, auch in der Rechtswissenschaft.

Damit ist die Basis für ausgewählte Biographien mit Bezug zur Universität Frankfurt gelegt. Diese bilden den Schwerpunkt des Bandes. So lesen wir über die Kontak-